

INTERVIEW: Thomas Roffler erklärt, warum er den in der AP 22+ geplanten Betriebsbeitrag ablehnt

«Strukturverbesserungen sind wichtig»

Der Bündner Bauernpräsident Thomas Roffler sprach zusammen mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (SVP, GR) bei Bundesrat Guy Parmelin vor. Er denkt bei der AP 22+ auch an die Trinkwasser-Initiative.

INTERVIEW: DANIEL SALZMANN

«Schweizer Bauer»: Bei Ihrem Besuch mit Nationalrätin Martullo-Blocher bei Bundesrat Parmelin haben Sie letzte Woche darauf hingewiesen, dass Berglandwirtschaftsbetriebe nicht in den Nebenerwerb gedrängt werden dürfen. Wieso ist das für Sie so wichtig?

Thomas Roffler: Es geht uns um den geplanten Betriebsbeitrag. So wie er geplant ist, verlieren damit Betriebe mit über 20 Hektaren Fläche Beiträge. Das sind in der Regel Haupterwerbsbetriebe, bei denen eine Familie aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit ihr Einkommen erwirtschaftet und davon lebt. Im Gegenzug würden die ganz kleinen Betriebe, die in der Regel im Nebenerwerb geführt werden, mehr Beiträge erhalten. Das ist ein Grund, warum wir den Betriebsbeitrag ablehnen, denn die kleinsten Betriebe würden überproportional stark profitieren. Gerech ist aber, wenn alle etwas mehr haben, nicht nur die Gruppe der allerkleinsten Betriebe.

Wichtig ist Ihnen auch, dass jeder gesprochene Landwirtschaftsfranken vom Bund bei den Bauernfamilien ankommt. Inwiefern ist das infrage gestellt mit der AP 22+?

Mit der AP 14-17 hatten die Landwirte einen grossen Aufwand, um neue Anforderungen erfüllen zu können. Der administrative Aufwand wurde grösser. Ich denke da vor allem an die Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge. Solches darf sich mit der AP 22+ nicht wiederholen. Wir brauchen Vernunft und Augenmass auch in der Agrarpolitik. Wir fordern Programme, die dem Tierwohl, der Versorgungssicherheit, den Alpen und der Pflanzenvielfalt Rechnung tragen



Thomas Roffler, Präsident des Bündner Bauernverbands. (Bild: zvg)

und einfach umsetzbar sind. Die Bauern müssen aus eigener Kraft in die Programme einsteigen können. Und es müssen zwei Dinge auseinandergehalten wer-

Es ist die Hauptaufgabe der Marktakteure und nicht des Bundes, einen höheren Milchpreis für uns Bauern am Markt zu erreichen.

den: Zahlungen für Leistungen, welche die Bauern erbringen, und Zahlungen zur Beratung und Entwicklung von Projekten. Letzteres darf nicht aus dem Direktzahlungstopf finanziert werden. Darauf haben wir Bundesrat Parmelin hingewiesen.

Gibt es bei der AP 22+ Vorschläge im Bereich Markt, die Sie ablehnen?

Die Senkung der Verkäsungszulage zugunsten der Siloverzichtszulage. Wichtig ist ja, dass eine flächendeckende Senkung des Grenzschutzes nicht mehr Teil der AP 22+ ist. Zuerst, im Rahmen der Gesamtschau vom 1. November 2017, war dies ja der Fall. Das Parlament hat dies dann korrigiert.

Was kann die Politik überhaupt tun für bessere Produzentenpreise?

Die Politik kann sehr viel machen, indem sie in zukünftigen Freihandelsverhandlungen den heutigen Schweizer Grenzschutz für Agrarprodukte nicht einfach unbezogen preisgibt, sondern ein vernünftiges Schutzniveau auf-

Das EU-Rahmenabkommen könnte grossen Druck auf die Produzentenpreise geben.

rechterhält. Und aktuell ist es ganz wichtig, das haben Nationalrätin Martullo und ich betont, dass der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU nicht weiterverfolgt. Wenn die Schweiz wegen des Rahmenabkommens ihre Beihilfen – Verkäsungszulage, Siloverzichtszulage, Milchzulage, Einzelkulturbeiträge – abschaffen müsste, gäbe das grossen Druck auf die entsprechenden Produzentenpreise.

Sie betonen, die Strukturverbesserungsmassnahmen und Meliorationen seien wichtig. Heute geht schweizweit ein grosser Teil dieser Gelder ins Berggebiet. Jetzt mucken die Talvertreter auf und fordern, dass vermehrt Drainagesanierungen damit finanziert werden. Wie sehen Sie das?

Zuerst ist wichtig, dass die Strukturverbesserungen innerhalb des Bundesamts für Landwirtschaft und bei den Kantonen wieder die Bedeutung erhalten, die sie verdienen. Wir glauben, dass deren

Priorität in den letzten Jahren gesunken ist. Diese Abteilung beim Bund müsste man stärken, die Kantone müssen genügend Geld für die Kofinanzierung bereitstellen. Dann wäre für zukünftige Güterabwägungen und Priorisierungen auch breiter abgestütztes Personal vorhanden. Wenn das Talgebiet mehr Mittel fordert, müssen wir darüber diskutieren, ob es in der Summe mehr Geld braucht für die Strukturverbesserungsmassnahmen. Wenn auch das Talgebiet den Wert der Strukturverbesserungsmassnahmen

Ich stehe hinter dem Vorschlag, die Produktionssystembeiträge finanziell auszubauen.

erkennt, was ich begrüsse, hilft uns das bei der Bildung politischer Mehrheiten.

Die AP 22+ soll laut Ihnen und Magdalena Martullo auch Antworten geben auf die sogenannte Trinkwasser-Initiative und auf die Anti-Pestizid-Initiative. Welche der vorgeschlagenen Massnahmen unterstützen Sie?

Ich stehe hinter dem Vorschlag, die Produktionssystembeiträge (PSB) finanziell auszubauen und mit neuen Beiträgen auszugestalten. Doch wir haben gegenüber Bundesrat Parmelin betont, dass dies eine grosse Übung ist, bei der noch nicht klar ist, wie sie herauskommen wird. In den Vernehmlassungsunterlagen ist dazu vieles noch völlig unverbundlich. Wir fordern, dass dort rasch Klarheit geschaffen wird und dass Beitragstypen erarbeitet werden, die den Fortschritt in der Landwirtschaft aufzeigen und die gleichzeitig in der Praxis umsetzbar sind. Wir wollen sagen können: Wir machen da jetzt vernünftige Dinge, die eine zukünftige und fortschrittliche Landwirtschaft fördern – die extremen Initiativen würden es hingegen schlimmer und komplizierter machen. Wenn sie richtig ausgestaltet werden, sehe ich in den PSB eine grosse Chance.

NACHRICHTEN

Salzmann-Minger ist verstorben



Werner Salzmann-Minger aus Mülchi BE ist laut der Todesanzeige am letzten Sonntag im Alter von 81 Jahren verstorben. Mit ihm hat ein Kämpfer von altem Schrot und Korn die Bühne der Agrarpolitik verlassen. Seine wortgewaltigen Auftritte an bäuerlichen Versammlungen werden in Erinnerung bleiben. Landwirt Salzmann war Präsident und später Ehrenpräsident des Bäuerlichen Zentrums Schweiz (BZS). Daneben wirkte er als Präsident des Schweizerischen Feldweibverbandes, der seinerzeit über 5000 Mitglieder hatte. Zu den Nationalratswahlen 1999 trat er mit einer eigenen SVP-Liste an, die den Kurs der SVP Schweiz vertrat. Werner Salzmann-Minger war verheiratet mit Dori Salzmann-Minger aus der Familie des legendären Bundesrats Ruedi Minger. Sein Sohn Werner Salzmann-Loosli ist seit 2015 SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Verbandes für Landtechnik (SVLT). Im Herbst kandidiert er für den Ständerat. Der andere Sohn, Peter, führt den elterlichen Betrieb in Mülchi und wurde im Frühling 2018 in den Grossen Rat des Kantons Bern gewählt. *sal*

Agro-Image: Waber übergibt an Bandi

An der Hauptversammlung von «Agro-Image – Landwirtschaft macht Schule!» von dieser Woche ist der langjährige Präsident Manuel Waber von seinem Amt zurückgetreten. «Während 15 Jahren hat Manuel Waber, Landwirt aus Kiesen BE, Schulen im Namen von «Landwirtschaft macht Schule!» besucht, mehr als 1502 Lektionen in 751 Schulklassen. Engagiert wie kein anderer hat er in Oberstufenschulen mit Leidenschaft von seinem Beruf erzählt und den Schülern gezeigt, wie Lebensmittel hierzulande produziert werden», heisst es in einer Mitteilung. Seine Nachfolgerin, die Agronomin Marlies Bandi, ist auf einem Hof in Oberwil bei Büren BE aufgewachsen und arbeitet nun bei Andermatt Biocontrol. *sal*

DESINFEKTIONSMITTEL: Die Initiative der Gruppierung Future 3 hat alle chemisch-synthetischen Mittel im Visier

Anti-Pestizid-Initiative könnte auch den Biolandbau betreffen

Die Anti-Pestizid-Initiative schliesst laut Bundesrat synthetische Biozide ein, die auch im Bio-Landbau eingesetzt werden.

DANIEL SALZMANN

Am Mittwoch nahm der Bundesrat Stellung zur Anti-Pestizid-Initiative von der Gruppierung Future 3. Diese will in der Schweiz den Einsatz von «synthetischen Pestiziden» in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verbieten – und auch Importe, die aus solchen Produktionsbedingungen stammen. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab.

Nicht nur Pflanzenbau

In der Botschaft macht er darauf aufmerksam, dass nach seiner Lesart mit der Initiative nicht nur im Pflanzenbau synthetische Pflanzenschutzmittel ersetzt werden müssten, sondern auch in der



Tierärzte brauchen Biozide zur Hygienesicherung. (Bild: zvg)

Tierhaltung die synthetischen Biozide für die Stallhygiene, die Biozide zur hygienischen Reinhaltung in der Milchproduktion, die Biozide für die Hygiene im Veterinärbereich und die Biozide, die in der Form von Desinfektionsmitteln bei der Lagerung von Lebensmitteln und bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingesetzt werden. Ein Pestizid schützt Pflanzen vor Schadorganismen, während ein Biozid den Menschen vor Schadorganismen schützt, indem es die-

se tötet, bekämpft oder ihre Wirkung verhindert.

Abwägung in Verfassung

Im Bio-Landbau ist der Einsatz synthetischer Pestizide verboten. Somit liegt Bio Suisse grundsätzlich auf einer Linie mit den Initianten, was Bio-Suisse-Sprecher Lukas Inderfurth auf Anfrage bestätigt. Aber eine Parole werde erst die Delegiertenversammlung der Bio Suisse im Herbst 2019 fassen. Und wie steht es um die Biozide im Bio-Landbau? Inderfurth

betont, die Verfassung bestehe nicht nur aus dem Initiativ-Artikel, sondern verlange auch die sichere Versorgung der Bevölkerung (Art. 104), einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln (Art. 104a) und den Schutz der Gesundheit (Art. 118). «Die Politik wird dies bei der Umsetzung abwägen und gewichten. Eine Lösung könnte sich an den Knospe-Richtlinien orientieren. Diese betonen den absoluten Vorrang von vorbeugenden Massnahmen mit dem Ziel, auf chemisch-synthetische Schädlingsbekämpfungsmittel zu verzichten», so Inderfurth.

«Nicht ausgeschlossen»

Konkret ist es laut Auskunft von Bernhard Speiser (FiBL) so, dass unter den Stoffen, die in der Knospe-Milchproduktion für die Reinigung und Desinfektion eingesetzt werden dürfen, einige sind, die synthetisch hergestellt sind. «Es handelt sich jedoch um naturidentische Substanzen, die normalerweise nicht unter den

Begriff «chemisch-synthetisch fallen», so Speiser. Für die Stallhygiene dürften ausschliesslich Stoffe von Anhang 8 eingesetzt werden, somit würden keine chemisch-synthetischen Stoffe eingesetzt. Für die Reinigung von Melkgeschirr und für die Verarbeitung von Knospe-Produkten sollen vorzugsweise Produkte der Betriebsmittelliste eingesetzt werden. «Da dies in den beiden Bereichen nicht zwingend vorgeschrieben ist, kann hier die Anwendung chemisch-synthetischer Stoffe nicht ausgeschlossen werden», so

Speiser. Dasselbe gilt für die Hygiene bei Tierärzten. «Die in der Betriebsmittelliste aufgeführten Produkte gegen Ektoparasiten sind nicht chemisch-synthetisch. Auf tierärztliche Verordnung dürfen jedoch auch andere Produkte eingesetzt werden», sagt Speiser. Füsse: Käme die Vorlage durch, müsste in den genannten Bereichen auch der Bio-Landbau über die Bücher, und wenn das wegen der Lebensmittelsicherheit nicht ginge, wäre der Biolandbau auf eine nicht wortgetreue Umsetzung angewiesen.

REKLAME

Desical plus *das Original*

- ✓ reduziert Krankheitserreger durch hohen pH-Wert (über 12)
- ✓ sehr gute Hautverträglichkeit
- ✓ tiefe Zellzahlen
- ✓ weniger Klauenkrankungen

➔ in Big-Bag

Leibundgut AG, 3550 Langnau 034 402 15 26

hochwirksames Desinfektions-Pulver für die Tierhaltung